

MILITÄREINSATZ In der Debatte um die Kongo-Mission zeigt sich die Misere der EU-Sicherheitspolitik

Mehr Schein als Sein

KARL-HEINZ KAMP

Deutschland hat kein Geld, Frankreich blockiert, und Großbritannien hält sich heraus. Statt gemeinsamer Ansätze gibt es nur vage Absichtserklärungen.

Für die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union ist der Zwist um einen möglichen Militäreinsatz im Kongo wahrhaftig kein Beleg. Dabei geht es um ein eher kleines Streitkräftekontingent, das die Vereinten Nationen von der EU erbeten haben, um die für Juni geplanten Wahlen im Kongo vor Putschisten und Gewalttätern zu schützen.

Zwar zweifelt kaum jemand am Sinn der Mission in dem seit Jahren von Gewalt geplagten afrikanischen Staat. Dennoch winden sich die EU-Schlüsselstaaten geradezu verzweifelt, wenn es darum geht, dem Anliegen aus dem Uno-Hauptquartier in New York zu entsprechen. Großbritannien hält einen Einsatz zwar für vernünftig, möchte sich aber keinesfalls daran beteiligen. Frankreich wäre zur Entsendung von Truppen bereit, will aber keinesfalls die Führung übernehmen. Schließlich habe man, so heißt es in Paris, bereits 2003 die Operation „Artemis“ im Kongo geleitet.

Deutschland ist zwar eher zögernd zur Teilnahme bereit, allerdings keinesfalls mit Kampftruppen, und eine Führungsrolle möchte man auch nicht. Der Bundeswehrverband beeilt sich hinzuzufügen, dass im Kongo doch Französisch gesprochen werde und diese Sprache den deutschen Soldaten nicht leicht über die Lippen gehe. Obendrein wird in allen drei Hauptstädten gewarnt: Ein solcher Einsatz sei womöglich gefährlich. Das aber haben Militäroperationen nun einmal so an sich.

Viele Unstimmigkeiten

Jeder dieser Gründe für die europäische Zurückhaltung ist im Prinzip verständlich, wäre da nicht der Anspruch der EU, globaler sicherheitspolitischer Akteur zu werden. Das soll nicht nur mit Diplomatie und Wirtschaftshilfe, sondern auch mit „Hard Power“ geschehen. In ihrer Sicherheitsstrategie haben sich die Europäer gar auf einen Beitrag zur Weltordnung und zur Stärkung der Uno verpflichtet. Derzeit werden mobile Kampfverbände, so genannte Battle Groups, aufgebaut, um ein EU-Krisenmanagement außerhalb Europas zu ermöglichen – auch und gerade in Afrika. Auch gibt es seit Ende letzten Jahres eine EU-Afrikastrategie, in der viel von „gemeinsamen Visionen“ und „strategischen Partnerschaften“ mit dem Schwarzen Kontinent die Rede ist.

Hinter der Debatte über die mögliche Rolle der EU in Afrika verbergen sich allerdings grundsätzlichere Fragen: Was kann die EU militärisch derzeit überhaupt leisten, und wie sollen die europäischen Kapazitäten in den übergeordneten Rahmen einer euroatlantischen Sicherheitsvorsorge eingeordnet werden?

Ein nüchterner Blick auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (Gasp) und auf den Teilaspekt der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zeigt, dass beide Projekte seit je mit einer Reihe von Unstimmigkeiten belastet sind. Vier Kernprobleme stechen hervor und führen dazu, dass die EU-Sicherheitspolitik von dem Phänomen des „mehr Schein als Sein“ geplagt ist.

Erstens gab es innerhalb der EU stets unterschiedliche Interpretationen mit Blick auf die Zielrichtung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Gerade für Frankreich waren ESVP und Gasp immer Instrumente zu Emanzipation Europas von den USA, während andere EU-Partner darin eine Synergie zu den Kapazitäten der USA sahen. Frankreich gehört nach wie vor

zu den Blockierern sowohl in Nato und EU, sofern es um eine effiziente sicherheitspolitische Kooperation beider Organisationen geht.

Zweitens gehört es zu den Konstanten der EU, dass Konzepte für ein gemeinsames sicherheitspolitisches Handeln zwar ambitioniert verkündet werden, die erforderliche finanzielle Unterfütterung aber unterbleibt. Während die gemeinsame Landwirtschaftspolitik der EU etwa die Hälfte des rund 90 Milliarden Euro großen Unionshaushaltes verschlingt, stehen für die Gasp gerade einmal 68 Millionen Euro zur Verfügung. Auch Deutschland hat bislang den eklatanten Widerspruch zwischen engagierten Plädoyers für eine eigenständige europäische Verteidigungsfähigkeit einerseits und zu geringen Verteidigungsausgaben andererseits problemlos ausgehalten.

Drittens fehlt es bei der überwiegenden Mehrzahl der EU-Mitglieder an einer globalstrategischen Sichtweise auf die künftigen Herausforderungen und Bedrohungen. Stattdessen liegt der Fokus auf wirtschaftlichen Erwägungen oder ist bestenfalls auf die Randgebiete Europas und die angrenzenden Regionen gerichtet. Für übergreifende Problemfelder, wie Fragen der Energiesicherheit, der Proliferation von Massenvernichtungswaffen oder des Entstehens neuer Machtkonstellationen, gibt es bislang statt gemeinsamer Ansätze nur vage Absichtserklärungen.

Fehlende Führung

Viertens ist nach wie vor ungeklärt, wer die für ein erfolgreiches außenpolitisches Handeln erforderliche Führungsrolle in der EU übernehmen soll. Vereinfacht dargestellt erfordert politische Führung drei Elemente: den Willen zu führen, die Ressourcen, um den Führungsanspruch auch umzusetzen, und eine Modellfunktion (oder ein überzeugendes Konzept), um die Gefolgschaft zu si-

chern. Akzeptiert man diese grobe Einteilung, so wird das Führungsproblem offensichtlich.

Von den großen EU-Mitgliedern fehlt es Deutschland an allen drei Komponenten. Frankreich verfügt ohne Zweifel über den Führungswillen, ist aber bei einer großen Zahl der EU-Mitglieder (gerade in Osteuropa) diskreditiert. Großbritannien ist aus der traditionellen Distanz zur EU zur Führung nicht in der Lage und trotz gelegentlich geäußelter Absichtserklärungen dazu wohl auch nicht willens. Kombinationen dieser drei Länder helfen ebenso wenig, laufen sie doch nur selten spannungsfrei und beschwören bei den kleineren EU-Mitgliedern leicht den Verdacht des „Direktoriums“.

Angesichts dieser Lage wird die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit gemeinsamer europäischer Außen- und Sicherheitspolitik offensichtlich. Der weit verbreitete Glaube, Europa könne fehlende militärische Fähigkeiten mit ausreichender „Soft Power“ ausgleichen, greift zu kurz. Er verkennet, dass die so genannten weichen Maßnahmen nur ihre Wirkung entfalten, wenn die Möglichkeit der militärischen Sanktionen gegeben ist. Das geht allerdings nicht zum Nulltarif – weder im Kongo noch dort, wo europäische Interessen direkt betroffen sind. □

Unser Autor ist sicherheitspolitischer Koordinator der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.